Aktionsgemeinschaft

VIERTE PARTEI

Das Fiasko der Bonner Ostpolitik

Nach sechs Jahren SPD/FDP-Ostpolitik wissen wir: Die Deutschland- und Ostpolitik hat den Menschen im geteilten Deutschland nichts gebracht. Im Gegenteil: SPD und FDP haben dem internationalen Kommunismus schwerwiegende Zugeständnisse gemacht. Die Teilung Deutschlands ist zementiert worden. Kein Mensch spricht mehr von Wiedervereinigung. Kaum ein junger Mensch glaubt mehr an sie. Dafür trägt die SPD/FDP-Koalition die Verantwortung. Sie hat:

- den Ost- und Heimatkunde-Unterricht an unseren Schulen durch „Gesellschaftskunde" ersetzt,
- die notwendigen Mittel für die ost- und deutschlandpolitische Forschung drastisch gekürzt,
- auf grundgesetzlich und verfassungsgerichtlich garantierte Rechte leichtfertig verzichtet. So auf unseren — auch heute noch bestehenden — Rechtsanspruch auf die deutschen Ostgebiete.

Doch noch schlimmer: Die SPD/FDP-Koalition hat

- in beispielloser Verantwortungslosigkeit die weithin erweckten Hoffnungen und Erwartungen unserer Landsleute in Mittel- und Ostdeutschland auf Freizügigkeit und nationale Solidarität enttäuscht,
- siebzehn Millionen Deutsche in der „DDR" ihrem Schicksal überlassen. Mauer, Stacheldraht und Selbstschußanlagen verhindern weiterhin, daß zwanzigtausend mitteldeutsche Familien, die einen Ausreiseantrag gestellt haben, in die Bundesrepublik umziehen können.

Die AVP fordert: Freiheit und Selbstbestimmung für alle Deutschen.

Wer AVP wählt, wählt Sicherheit. Wählen auch Sie die VIERTE PARTEI.
Werden auch Sie Mitglied der Aktionsgemeinschaft VIERTE PARTEI.
Heute. Jetzt.

AVP — Wir lösen den Linksblock ab — AVP

Bayern: 8900 Augsburg, Ravenspurgerstraße 41, Telefon 08 21 / 3 56 64

ACSP, NL Strauß PV 12955

Unglaublich:

Wir finanzieren Moskaus Rüstung

Insgesamt schuldet der Ostblock den westlichen Industrieländern die gigantische Summe von 80 Milliarden Mark (In Zahlen: 80.000 000 000 Deutsche Mark). Allein diese leichtfertige Kreditvergabe des Westens, an der sich die Bundesregierung und die deutsche Großindustrie nach Kräften beteiligen, haben Moskau und seinen Satelliten ermöglicht, den größten Militärapparat der Geschichte aufzubauen.

Wir fordern: Schluß mit der Finanzierung kommunistischer Rüstungen mit Hilfe deutscher Steuergelder.

Die Bonner Linksregierung füllt Ostberlins Kassen

Sie hat

- **7,195 Milliarden Mark in den letzten fünf Jahren an das SED-Regime gezahlt,**
- **719,7 Millionen Mark für die Transitpauschale (Gebühren für die „DDR"-Durchfahrt),**
- **112 Millionen für sogenannte Steuerausgleichsabgaben,**
- **265 Millionen für den Freikauf politischer Gefangener (allein in den letzten vier Jahren)**
- **142 Millionen für Visagebühren,**
- **86 Millionen für Einreise-Genehmigungsgebühren,**
- **250 Millionen Postpauschale (jährlich 30 Millionen),**
- **81 Millionen Straßenbenutzungsgebühren für den Güterferntransport,**
- **107 Millionen für „besondere" Dienstleistungen,**
- **217 Millionen für die Postzug-Beförderung,**
- **40 Millionen für den Saldenausgleich der Bundesbahn an die DDR-Bahn.**

Das ist jedoch längst nicht alles. Aus Steuermitteln werden an den Ostblock bezahlt:

- **an Polen 2,3 Milliarden Mark für 125.000 Deutsche** (die in vier Jahren zu uns kommen sollen),
- **an Jugoslawien 1 Milliarde Mark** Kredit zu 2,5 Prozent Zinsen und 30 Jahren Laufzeit,
- **an Rumänien 260 Millionen Mark** Umschuldungskredit.

Und: Die anderen Ostblockländer haben weitere Milliarden-Forderungen angemeldet.

Die SPD steht dem wehrlos gegenüber. Aber auch die CDU kommt über verbale Kraftakte nicht hinaus. Sie hat die Ostverträge zugelassen. Sie hat den Polenverträgen zugestimmt — und ist wieder umgefallen.

Deshalb fordert die AVP: Keine Leistungen mehr an die Kommunisten ohne gleichwertige Gegenleistungen. Keine deutschen Steuergelder mehr für die Aufrüstung des kommunistischen Warschauer Pakts.

AVP — Wir lösen den Linksblock ab — AVP

CSU-LL
Büro PV
Sachakten 572
ACSP, NL Strauß PV 12955